2 Kurzfassung der Prüfungsergebnisse

- Der Landkreis Lüchow-Dannenberg begründete Beschaffungen von Dienst-Pkw i. d. R. mit der Notwendigkeit von Ersatzbeschaffungen. Eine Bedarfsermittlung unter Berücksichtigung der Auslastung und unter Einbeziehung der Dienstreisen mit privaten Pkw führte er nicht durch. Er sollte den Bedarf für Pkw-Beschaffungen belegen und dokumentieren (siehe Abschnitt 4.2.1.1).
- Eine wirtschaftliche Abwägung hinsichtlich der Nutzung von Dienst- und Privat-Pkw nahm der Landkreis Lüchow-Dannenberg nicht vor. Der Landkreis sollte für alle Bereiche einen entsprechenden Kostenvergleich durchführen, um auf dieser Basis den Einsatz von Dienst-Pkw und die Nutzung privater Pkw aufeinander abzustimmen (siehe Abschnitt 4.2.1.2).
- Der Landkreis Lüchow-Dannenberg erkannte die Nutzung privater Kfz für einige Beschäftigte formell an und stellte das erhebliche dienstliche Interesse an der Nutzung des privaten Kfz fest. Die große Wegstreckenentschädigung (§ 5 Abs. 3 Satz 1 NRKVO) hat die alte Regelung zur Wegstreckenentschädigung, die die Anerkennung des Kfz voraussetzte, mittlerweile ersetzt. Der Landkreis sollte seine Regelungen zum Dienstreisewesen entsprechend anpassen (siehe Abschnitt 4.2.1.2).
- Bei den betrachteten Fahrzeugbeschaffungen über Kaufverträge handelte es sich um Investitionen von nicht erheblicher finanzieller Bedeutung. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hatte vor Beginn dieser Investitionen nicht die vorgeschriebenen Folgekostenberechnungen vorgenommen (siehe Abschnitt 4.2.2).
- Bei den betrachteten Fahrzeugbeschaffungen über Leasingverträge berücksichtigte der Landkreis Lüchow-Dannenberg die möglichen Folgekosten bei der Angebotsbewertung im Rahmen der Vergabeentscheidung. In einem Fall verglich er die Beschaffungsvarianten Kauf und Leasing. Er sollte bei Beschaffungen diese Varianten und auch unterschiedliche Vertragslaufzeiten bei Leasingverträgen immer miteinander vergleichen, um das wirtschaftlichste Angebot ermitteln zu können (siehe Abschnitt 4.2.2.).

- Die Vergabeverfahren zur Beschaffung von Pkw widersprachen hinsichtlich der Schätzung des Auftragswertes, der Beteiligung auswärtiger Bieter, der Leistungsbeschreibungen und der Dokumentation in mehreren Fällen den vergaberechtlichen Vorschriften (siehe Abschnitt 4.2.3).
- Der Landkreis Lüchow-Dannenberg beschaffte und bewirtschaftete seine Pkw sowohl zentral durch den FD 10 als auch dezentral durch einzelne FD. Dadurch bestanden teilweise doppelte Strukturen. Der Landkreis sollte prüfen, inwieweit er die Fahrzeugbeschaffung und -bewirtschaftung zentral organisieren kann (siehe Abschnitte 4.2.3 und 4.3.1).
- Der Landkreis Lüchow-Dannenberg prüfte nicht, ob seine Beschäftigten, die einen Dienstwagen nutzten, im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis waren. Um seiner Halterpflicht nachzukommen, sollte er regelmäßig Überprüfungen durchführen (siehe Abschnitt 4.3.1).
- Die Aufwendungen für die zentral bewirtschafteten Pkw buchte der Landkreis Lüchow-Dannenberg nicht nutzerbezogen auf die Produkte. In den Fahrtenbüchern erfasste er nicht, zu Lasten welchen Produktes die Dienstfahrten durchgeführt wurden. Der Landkreis sollte eine nutzergerechte Verteilung der Aufwendungen vornehmen (siehe Abschnitt 4.3.2).
- Der Landkreis Lüchow-Dannenberg führte kein fahrzeugbezogenes Controlling durch. Er sollte ein Controlling für die Fuhrparkbewirtschaftung aufbauen, um Fahrzeugbedarfe bewerten und eine wirtschaftliche Bedarfsdeckung und Auslastung nachweisen zu können (siehe Abschnitt 4.3.3).